

Mieterhöhung? Hohe Nebenkosten? **DIE LINKE hilft!**



Filippo Capezzone, Kreisvorsitzender von DIE LINKE. Stuttgart

Wer ein kleines oder auch mittleres Einkommen hat, kann sich die Miete kaum noch leisten. Viele zahlen die Hälfte vom Gehalt oder von der Rente für die Miete. Neben der Miete werden auch die Nebenkosten und die Heizkosten ein Problem. Viele bekommen mit der Jahresabrechnung eine Nachzahlung aufgebremst.

Die Bundesregierung interessiert sich wenig für die Probleme der Mieterinnen. Was wir bräuchten, wären Obergrenzen für Energiepreise und Mieten. Leider schützt die Regierung eher das Recht, Gewinne mit dem Wohnen zu machen. Der größte Wohnungskonzern in Deutschland, Vonovia (2,6 Milliarden Gewinn 2021), hat angekündigt, dass sie die Miete weiter erhöhen wollen (4.000 Wohnungen in Stuttgart). Leider macht aber auch die Stadt Stuttgart bei der Preistreiberi mit. Die städtische Wohnbaugesellschaft SWSG erhöhte am 1. Juli für 13.000 Wohnungen die Mieten - obwohl in 2021 21 Millionen Gewinn mit der Miete gemacht wurden!

Aber reden allein hilft nicht. Zur Zeit regieren nun mal die kapitalistischen Parteien und erlauben den Immobilien-eigentümern, dass sie mit der Miete große Gewinne machen dürfen. Es ist trotzdem wichtig, dass man sich nicht alles gefallen lässt und sich gegen steigende Kosten wehrt. Wir von DIE LINKE sind ansprechbar für Probleme rund um hohe Mieten und Nebenkosten. Melden Sie sich gerne bei uns!
E-mail: info@die-linke-stuttgart.de
Tel: 0174-5681049 | 0179-2634017

DIE LINKE verschenkt 9€-Tickets: Ein Stück Bewegungsfreiheit im August



Wir geben die Gehälter aus dem Gemeinderat an die Stuttgarterinnen und Stuttgarter weiter

Zu den Tickets:
<https://gleft.de/4PP>
info@die-linke-stuttgart.de
0174-5681049



Die Regierung tut zu wenig gegen die Preissteigerungen. Eine der besten Maßnahmen ist da noch das 9-Euro-Ticket, mit dem man von Juni bis Ende August in allen Bussen, Straßenbahnen und Regionalzügen fahren kann. Wir finden, dass der Nahverkehr dauerhaft günstig bleiben sollte. Jetzt geben wir erst mal etwas von dem Geld, das unsere Stadträtinnen/Stadträte im Gemeinderat verdienen weiter und verschenken für August 50 9-Euro-Tickets.

Wohngeld - Kleine Hilfe bei hoher Miete

Oft ist nur ein Tropfen auf den heißen Stein, aber wir empfehlen allen Mieterinnen und Mietern zu überprüfen, ob sie Wohngeld bekommen können. Zusätzlich zum Wohngeld gibt es in 2022 nämlich einen Zuschuss zu den Heizkosten. Außerdem: Wenn Sie Wohngeld beziehen, können

Wenn sie über DIE LINKE ein Ticket bekommen möchten, dann melden sie sich entweder über das Online-Formular: <https://gleft.de/4PP> oder rufen Sie einfach an unter: 0174-5681049 (hier können Sie auch per WhatsApp oder Telegram eine Nachricht schreiben). Sie können gerne auch eine E-Mail schreiben: info@die-linke-stuttgart.de

Sie auch die Bonus-Card der Stadt Stuttgart bekommen, die ihnen viele weitere Vergünstigungen bringt. Nutzen Sie den Online-Wohngeld-Rechner, um abzuschätzen, ob Sie einen Anspruch auf Wohngeld haben. Den Rechner und alle nötigen Formulare und Infos finden Sie auch auf der Internetseite der LINKEN. Wir helfen Ihnen bei Bedarf auch beim Ausfüllen der Anträge: 0179-2634017

Tipp:

Sie zahlen sehr viel Miete? Versuchen sie **Wohngeld** zu beantragen! Ob das für sie in Frage kommt, können Sie über den **Wohngeldrechner** rausfinden <https://gleft.de/4OF> Wenn nötig unterstützen wir sie beim Antrag!

Impressum: DIE LINKE. Stuttgart
V.i.S.d.P.: Filippo Capezzone
Fakertstraße 58, 70176 Stuttgart
Fragen & Kontakt:
Mail: info@die-linke-stuttgart.de
Web: www.stuttgart.die-linke-bw.de
Wir freuen uns über jede Anfrage!



Το κόμμα DIE LINKE ήταν το μόνο κόμμα στην Βουλή που ήταν υπέρ του να χρησιμοποιηθούν 100 δις. Ευρώ για την αντιμετώπιση της φτώχειας, υπέρ της εκπαίδευσης και οικονομικά προσιτή στέγαση αντί για τανκς, βόμβες και εξοπλισμούς. Στη Στουτγάρδη, μπορέσαμε μαζί με τους συναδέλφους μας να επιβάλλουμε στο Klinikum Stuttgart συμπλήρωμα μισθού για τους νοσηλευτές και τις νοσηλεύτριες. Πολλοί ενοικιαστές απειλούνται από τις αυξήσεις των ενοικίων και τις αυξανόμενες τιμές για τα τέλη παροχής υπηρεσιών και τις δαπάνες θέρμανσης. Εάν έχετε οποιοδήποτε ερωτήσεις ή προβλήματα σχετικά με τη στέγαση και το ενοίκιο, μπορείτε να επικοινωνήσετε μαζί με το κόμμα μας DIE LINKE στη Στουτγάρδη. Είμαστε στην διάθεσή σας για οποιαδήποτε ερώτηση.

Alles wird teuer - nur der Lohn bleibt gleich?

Mehrheit entlasten - jetzt!

von **Dorian Rieger** (DIE LINKE. Stuttgart-Ost)



Jeder merkt es: Das Geld im Geldbeutel reicht nicht mehr so gut über den Monat. Die Preise steigen – ganz besonders für Essen und die Energie (Strom und Warmwasser). Die Regierung schiebt das auf den Ukraine-Krieg – der spielt sicherlich eine Rolle. Aber das ist keine Entschuldigung für das Versagen der Ampel-Regierung. Preise müssen jetzt

schnell begrenzt und die Spekulationen auf Lebensmittel und fossile Rohstoffe beendet werden. Das Versagen der Eliten, Deutschland von diesen Energieträgern unabhängig zu machen, darf kein Schaden für die arbeitenden Menschen sein. Zu einem großen Teil ist der Schaden aber auch schon angerichtet: alle Preise steigen.

Deshalb müssen die Gewerkschaften mindestens auf einen Inflationsausgleich bestehen. Wir sollten uns am Arbeitsplatz gemeinsam für höhere Löhne stark machen. Denn eines steht fest: ohne organisierte Gegenwehr wird diese Krise für viele Menschen in der Armut enden.

weiter auf der Seite 3



DIE LINKE je kao jedina stranka u Bundestagu glasala za to, da se 100 milijardi eura koristi protiv siromaštva, za obrazovanje i pristupačno stanovanje umjesto za tenkove, bombe i ponovno naoružavanje. U Stuttgartu smo, zajedno s kolegicama i kolegama u klinici Stuttgart, uspjeli progurati dodatak na plaću za medicinske sestre. Mnogim stana- rima prijeti povećanje najamnine i poskupljenje dodatnih troškova, te grijanja. Ako imate bilo kakvih pitanja ili problema oko stanovanja i najma, možete nazvati DIE LINKE Stuttgart. Radujemo se svakom upitu.



Almanya federal meclisinde 100 milyar Euro'yu tank, bomba ve silahlanma yerine fakirlik, eğitim ve ödenebilir kiralar için kullanılmasına dair oy veren tek Parti DIE LINKE idi. Stuttgart'ta klinik çalışan-larıyla birlikte sağlık bakımı için ek maaş ödenmesini mücadele sonucu başardık. Kiraların, ek masrafların ve ısıtma masraflarının yüksel-mesi birçok kiracıyı tehdit ediyor. Eğer konut ve kira sorun-ları hakkında sorularınız varsa DIE LINKE.Stuttgart'tı telefonla arayabilirsiniz. Sizlere bu kon-ularda yardımcı olmaktan memnun oluruz.

DIE LINKE.

Kreisverband Stuttgart

»Die Mieterpartei«

| August 2022 |



Liebe Stuttgarterinnen! Liebe Stuttgarter!

Alle Preise steigen. Wer ein kleines Einkommen hat, kommt immer schlechter über die Runden. Die Einmalhilfen der Ampel-Regierung (wie die Energiepauschale) reichen nicht, um dauerhaft vor Armut zu schützen. Dafür müsste der Wohlstand durch **Reichensteuern** umverteilt werden. **Mieten** müssten **begrenzt** und **höhere Löhne** durchgesetzt werden. Wir wollen höhere Sozialausgaben, statt 100 Milliarden für die Bundeswehr. **DIE LINKE** hat deshalb als **einzige Partei** im Bundestag **gegen Aufrüstung** gestimmt (Seite 3).

Aber wir müssen der Wahrheit ins Auge sehen: noch ist DIE LINKE schwächer als andere Parteien. Deshalb setzen wir uns auch im Kleinen für Schritte in die richtige Richtung ein. Wir konnten z.B. durchsetzen, dass **Pflegekräfte** am Stuttgarter Klinikum ab Juli ca. 200 Euro **mehr Lohn** im Monat bekommen (Seite 2). Wer Probleme mit **Mieterhöhungen** und hohen Nebenkosten hat, kann sich bei der LINKEN melden. **Wenn wir können, helfen wir!** Für August verschenken wir 50 9-Euro Tickets (siehe Seite 4).

Katharina Lenhardt

Kreisvorsitzende
DIE LINKE. Stuttgart

Die Pflege fordert: Wir wollen mehr Wertschätzung für unsere Arbeit!



Im Interview: Nevin Kirstein. Sie ist Krankenpflegerin im Klinikum, aktiv in der Gewerkschaft ver.di. und setzte sich mit vielen Kolleginnen für eine Lohnzulage von monatlich 500 Euro ein.

Wie sind die Arbeitsbedingungen am Klinikum und warum hast Du Dich für die Zulage eingesetzt?

Auf meiner Station bin ich im Schichtdienst für 9 bis 10 schwerkranke Patient*innen zuständig. Viele brauchen Unterstützung bei der Körperpflege, es müssen Verbandswechsel gemacht oder Infusionen verabreicht werden. Dazu kommt Essensausgabe, die Aufnahme und Entlassung von Patient*innen, Medikamente richten u.v.m. Viele Aufgaben, die wichtig wären, können wir oft nur schlecht oder gar nicht erledigen. Wir müssten einfach mehr Personal haben. Dazu muss der Pflegeberuf attraktiver werden. Das klappt nur, wenn, neben verbesserten Arbeitsbedingungen, auch die Gehälter steigen.

Wie habt ihr den Politiker*innen im Rathaus klar gemacht, dass es die Zulage für die Pflege braucht?

Wir haben uns erstmal selbst klar gemacht: Wenn wir uns nicht selber für unsere Interessen stark machen, dann tut es keiner. Wir haben Unterschriften in der Belegschaft gesammelt und sie dem Verwaltungsrat öffentlich übergeben. Vor entscheidenden Sitzungen haben wir in Dienstkleidung im Rathaus demonstriert. Wir sind immer wieder auf die Stadträt*innen zugegangen und haben ihnen unsere Forderungen klar gemacht. Durch diesen Druck konnten

Lohnzulage am Klinikum Stuttgart: Gut für die Pflege = gut für uns alle!

Wie kam es zu der Einführung der Zulage für das Pflegepersonal?

Nachdem die Beschäftigten 1.800 Unterschriften für die Zulage an den Verwaltungsrat übergeben hatten, hat DIE LINKE ihre Forderung als Antrag in den Verwaltungsrat und später in den Gemeinderat gebracht. Anfangs wollten die anderen Parteien (insbesondere die Grünen) nichts davon wissen. Wir haben lange und hart verhandelt. Anfang Mai kamen SPD und Grüne nicht mehr an der Forderung vorbei.

Warum ist die Zulage gut für Stuttgart?

Das Klinikum ist als städtisches Krankenhaus besonders wichtig für die Gesundheitsversorgung. Anders als private Krankenhäuser, sucht es sich nicht die Patient*innen aus, an denen man am meisten Geld verdient. Das Klinikum versorgt alle. Dafür braucht man aber genug Personal. Um den Personalmangel zu lindern, muss das Klinikum als Arbeitgeberin attraktiv sein. Die Zulage ist ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung.

wir erreichen, dass sich auch SPD und Grüne am Ende für eine Zulage ausgesprochen haben - wenn auch nicht in der Höhe, die wir gefordert hatten. DIE LINKE hat uns unterstützt und unsere Forderung als Antrag im Gemeinderat gestellt.

Wie bewertest Du und deine Kolleg*innen das Ergebnis? Was wäre noch nötig, um die Arbeitsbedingungen am Klinikum weiter zu verbessern?

Dass es jetzt eine Zulage gibt, ist ein Riesenerfolg, den wir durch Druck von unten erkämpft haben. Das zeigt uns, dass wir etwas durchsetzen können. Aber das darf nicht alles gewesen sein: Auch die Kolleg*innen in anderen Berufen, in der Reinigung, in der Technik oder der Logistik brauchen mehr Gehalt. Deshalb wird die Tarifrunde im öffentlichen Dienst Anfang 2023 sehr wichtig. Da müssen wir uns gut organisieren, streiken und uns nicht mit halben Sachen abspeisen lassen. Wir dürfen dann auch nicht zulassen, dass unsere jetzt erkämpfte Zulage einfach mit der Tarifierhöhung verrechnet wird.

Was sind die Schwachstellen an den Zulagen, die jetzt beschlossen wurden?

Leider gab es bisher keine Mehrheit dafür, die Zulagen dauerhaft zu zahlen. Die Gefahr ist: Die Zulage könnte nächstes Jahr langsam abgeschmolzen werden, indem sie mit der Lohnerhöhung der Tarifrunde öffentlicher Dienst verrechnet wird. Immerhin konnten wir erreichen, dass noch offen gelassen wurde, ob die Zulage verrechnet oder on-top erhalten wird. Da ist die nächste Auseinandersetzung vorprogrammiert und DIE LINKE wird sich an der Seite der Beschäftigten dafür einsetzen, dass die Zulage bleibt!



Im Interview: Johanna Tiarks, Stadträtin für DIE LINKE. Sie stellte den Antrag auf Lohnzulage im Gemeinderat.

Wenn ihr das entschieden könntet, was würdet ihr in den Krankenhäusern ändern?

Es ist Zeit für einen Systemwechsel, der den Wettbewerbsdruck von den Krankenhäusern nimmt. Wir LINKE wollen die Fallpauschalen abschaffen und stattdessen eine bedarfsgerechte Finanzierung der Krankenhäuser. Besonders wichtig ist auch eine gesetzliche Personalbemessung für alle Berufsgruppen im Krankenhaus.

Erreicht:

- Lohnzulage von 180 bis 250 Euro im Monat für die Pflege ab Juli 2022
(für Lohngruppen 6 bis 9)

Was fehlt noch?

- Dauerhafte Zahlung der Zulage
- Ausweitung auf andere Berufsgruppen
- Verbindliche Regelung für Personalbemessung

- Weiter von Seite 1

Wer profitiert von der Krise?

In den letzten Monaten ist der Unterschied zwischen den Reichen und den Armen wieder mal ganz klar geworden. Oliver Blume, der Chef von Porsche, hat gesagt, dass 2021 „das erfolgreichste Jahr in der Geschichte des Unternehmens“ war. Während Aral, Shell & Co ihre Gewinne verdreifachen konnten, stehen immer mehr Menschen Schlange vor der Tafel. Am totalen Versagen des „Tankrabbat“ von Finanzminister Lindner, der nur die Gewinne der Konzerne erhöhte, kann man sehen: Die Ampel-Regierung aus „Sozial“demokraten, Grünen und FDP, nützt vor allem den Reichen und den Konzernen. Selbst die Regierungen von Italien oder Großbritannien haben eingesehen, dass man Krisengewinne besteuern muss und haben „Übergewinnsteuern“ eingeführt.

Die Mehrheit entlasten!

Durch die Mehreinnahmen aus einer Übergewinnsteuer könnte man die arbeitende Bevölkerung entlasten. Mit diesem Geld ließe sich etwa das von der LINKEN

geforderte Klimageld für alle finanzieren (1.500€ im Jahr für jeden Erwachsenen plus 600 € für Kinder). Aber wir sollten auch weiterdenken:

Die Reichen zur Kasse

Sind es nur die Krisengewinne, die abgeschöpft werden sollten? Sollte man z.B. mit der Grundversorgung mit Energie überhaupt Gewinne machen können? Letztendlich hat man ja keine Wahl diese zu bezahlen und ist den Monopolisten ausgeliefert (ähnlich ist es mit der Miete). Ist es überhaupt in Ordnung, dass den reichsten 10% die Hälfte des Reichtums gehört? Wollen wir überhaupt in einer Wirtschaftsordnung leben, die immer wieder Krisen erzeugt, die immer von den arbeitenden Menschen ausgebadet werden? Es wird Zeit, dass wir Lohnabhängigen uns diese Fragen stellen und, wenn wir sie mit „Nein“ beantworten, uns in einer sozialistischen Partei organisieren.

**Mach mit bei
DIE LINKE !**

Ruf an oder
schreib an:
0174-5681049

Vermögensungleichheit in Deutschland

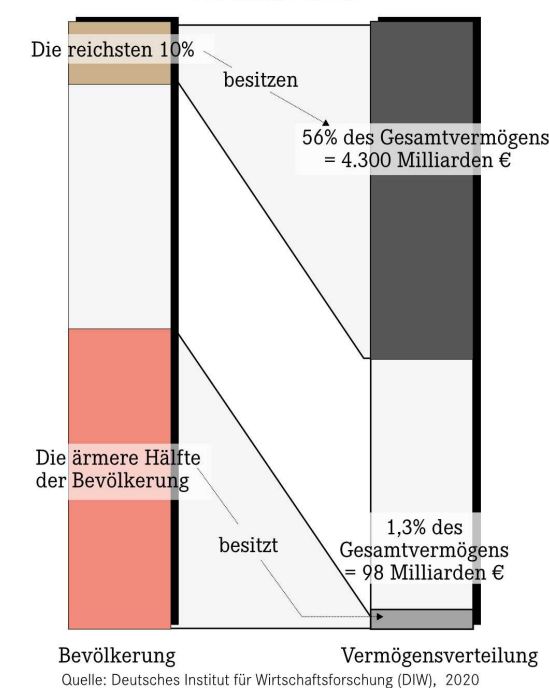


Schaubild: So ungerecht geht es in Deutschland zu: Den reichsten 10% gehört über die Hälfte des Reichtums. DIE LINKE will höhere Steuern für Reiche und Konzerne. Der Reichtum soll denen gehören, die ihn erarbeiten!

Geld für Soziales, statt für Waffen Wir sagen Nein zur Hochrüstung!



Am 3. Juni 2022 haben im Bundestag alle Parteien, außer DIE LINKE, dafür gestimmt, Deutschland zur einer der größten Militärmächte weltweit hochzurüsten. In Zukunft wird Deutschland auf Platz 3 hinter den USA und China stehen. Dafür wurde ein Sondervermögen von 100 Milliarden Euro für die Bundeswehr beschlossen. Über Jahrzehnte wurde in Deutschland

gespart - zum Beispiel bei Ausgaben für Soziales oder Investitionen in erneuerbare Energien und öffentlichen Verkehr. Aber für die Beschaffung von Waffen ist auf einmal Geld ohne Ende da.

Kanzler Scholz und die Parteien der Ampel-Regierung sagen, die Aufrüstung wäre nur eine Antwort auf den furchtbaren

Krieg in der Ukraine. Aber die militärische Übermacht der NATO hat Russland auch nicht davon abgehalten, den Krieg in der Ukraine zu beginnen. Deutschland macht durch den Beschluss vom 3. Juni einfach nur mit beim weltweiten Wettrüsten.

Aufrüstung und die Konkurrenz von Staaten um Rohstoffe macht die Welt für uns nicht sicherer, sondern erhöht die Kriegsgefahr. Die Geschichte zeigt: Die Folgen von Kriegen baden immer die arbeitenden Menschen aller Länder aus. DIE LINKE will 100 Milliarden nicht für Waffen ausgeben, sondern zum Beispiel für den Ausbau der Bahn, die Verlängerung des 9-Euro Ticket und für Investitionen in Kindergärten, Schulen und Krankenhäuser.